



Bundesministerium für Verkehr, 11030 Berlin

An die Mitglieder
der Fraktionen von CDU/CSU und SPD
im Deutschen Bundestag

Patrick Schnieder, MdB
Bundesminister

Invalidenstraße 44
10115 Berlin

Postanschrift:
11030 Berlin

Tel. +49 30 18-300-0

poststelle@bmv.bund.de

www.bmv.de

Betreff: Bürokratierückbau im Verkehrsbereich

Datum: Berlin, 10.07.2026
Seite 1 von 3

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Bundesregierung hat in dieser Woche die vom Bundesministerium für Verkehr (BMV) vorgelegten Entwürfe eines Gesetzes sowie einer Verordnung zum Bürokratierückbau im Verkehrsbereich beschlossen.

Bürokratierückbau und Staatsmodernisierung sind Schwerpunkte dieser Bundesregierung – insbesondere, weil diese den Wirtschaftsstandort Deutschland unmittelbar beeinflussen. Mit den nun beschlossenen Regelungen machen wir einen wichtigen Schritt beim Rückbau von Bürokratie im Verkehrsbereich. Wir befreien Bürger, Wirtschaft und auch Verwaltung von unnötig gewordenen Anforderungen. Damit setzen wir zentrale Ziele des Koalitionsvertrags, der Modernisierungsagenda für Staat und Verwaltung (Bund) sowie der Föderalen Modernisierungsagenda um.

Hauptinhalte der Vorhaben sind Verfahrensvereinfachungen, der Abbau von Informationspflichten, die Beseitigung von Doppelregelungen sowie die Rückführung nationaler Übererfüllung unionsrechtlicher Vorgaben. Dafür werden Aufbewahrungsfristen verkürzt, Register optimiert und Formvorschriften modernisiert sowie überholte Berichtspflichten gestrichen und bei Berichtspflichten entlastet.

Lassen Sie mich einige Beispiele nennen:

Straße und Personenbeförderung





Seite 2 von 3

- Der bundesweite Fachkundenachweis für die Fahrgastbeförderung mit Taxen, Mietwagen und im gebündelten Bedarfsverkehr wird durch eine Länderöffnungsklausel ersetzt. Künftig können die Länder entscheiden, ob und in welchen Fällen sie einen Fachkundenachweis vorsehen. Damit wird regionalen Verkehrsverhältnissen besser Rechnung getragen und die bürokratischen Hürden des Berufszugangs sinken.
- Bundesweit uneinheitliche Feiertagsfahrverbote gem. § 30 Abs. 3, 4 Straßenverkehrs-Ordnung werden abgeschafft. Das bedeutet eine Entlastung für die Logistik und Transportwirtschaft.
- Die Halterpflichten bei der Führerscheinkontrolle werden klar und praxisgerecht gefasst (§ 2f StVG).

Schiene

- Durch einen Verzicht auf das Nutzen-Kosten-Verhältnis bei der Elektrifizierung von Bedarfsplanvorhaben im Bundesschienenwegeausbaugesetzes (BSWAG) werden diese erleichtert.
- Eisenbahnverkehrsunternehmen können ihre Beförderungsbedingungen künftig ohne vorherige staatliche Genehmigung festlegen (§ 12 AEG). Die Pflicht der Eisenbahnverkehrsunternehmen, Tarife aufzustellen und diese im Internet bekannt zu machen, bleibt bestehen.

Wasserstraße

- In der Binnenschifffahrt beschleunigt die Einführung einer Genehmigungsfiktion bestimmte Verwaltungsverfahren.
- Im Seeaufgabengesetz werden Doppelstrukturen bereinigt und die Anlaufstelle für die Ausstellung von Zeugnissen angehender Seeleute beim Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie konzentriert.

Luftverkehr

- Neue operative Verfahren in der Flugsicherung steigern die Kapazitäten bei gleichzeitiger CO₂- und Lärmverringerung.
- Meldepflichten für Ereignismeldungen werden an das EU-Recht angepasst und vereinfacht.
- Der Betrieb unbemannter Fluggeräte für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben wird erleichtert.

Bürokratierückbau ist ein fortlaufender Reformprozess. Dabei setzen wir zunächst dort an, wo Belastungen in der Praxis besonders spürbar und wo kurzfristig und rechtssicher Entlastungen erreichbar sind. Dabei ist uns





Seite 3 von 3

bewusst, dass Bürokratierückbau in vielen Bereichen langfristige strukturelle Veränderungen erfordert. Nach unseren Erkenntnissen basiert mehr als die Hälfte der bürokratischen Belastungen für die Wirtschaft auf EU-Vorschriften. Diesen Befund kann der Nationale Normenkontrollrat (NKR) als ein von der Bundesregierung unabhängiges Kontrollgremium bestätigen. Das heißt, weitergehende Vereinfachungen und Bürokratieabbau benötigen Bewegung auf EU-Ebene.

Die Forderung der Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten an die EU-Kommission, ein Vereinfachungspaket Verkehr und Maßnahmen zur Beschleunigung bei Bau und Planung der Verkehrsinfrastruktur auf den Weg zu bringen, ist daher ein wichtiges Signal.

Genauso relevant wie der Rückbau ist die Vermeidung von Bürokratie. EU-Regelungen fallen nicht vom Himmel. Hier sind alle beteiligten Institutionen in Verantwortung. Deswegen tritt die Bundesregierung gemeinsam mit den anderen EU-Mitgliedstaaten und auch ich persönlich im Austausch mit meinen europäischen Amtskolleginnen und -Kollegen dafür ein, dass die EU-Kommission neue Regelungen so bürokratiearm wie möglich vorlegt und ein spürbares Entlastungspaket im Verkehrsbereich erarbeitet.

Für Ihre Unterstützung bei der Umsetzung der genannten Maßnahmen danke ich Ihnen bereits vorab.

Mit freundlichen Grüßen

Patrick Schnieder

